

Das Gesetzgebungsverfahren am Beispiel der Autobahn-Maut (II. Teil)



I. Vorgeschichte

Eine Maut auf deutschen Autobahnen ist in Deutschland umstritten. Die CSU hat die Einführung einer Autobahnmaut im Wahlkampf zum Deutschen Bundestag 2013 nachdrücklich verlangt. Mit Entstehen der Großen Koalition wurde das Konzept der Autobahnmaut in das Regierungsprogramm übernommen.

Standortvorteil Infrastruktur mit mehr Investitionen stärken

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist die Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Deshalb werden wir besondere Anstrengungen unternehmen, um zusätzliche Ausgaben für eine moderne, sichere und leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur auf den Weg zu bringen. Damit wollen wir Straßen, Bahnen und Wasserwege erhalten und, wo nötig, ausbauen. Diesem Ziel dient auch eine Ausweitung der LKW-Maut sowie eine europarechtskonforme PKW-Maut, mit der wir Halter von nicht in Deutschland zugelassenen PKW an der Finanzierung zusätzlicher Ausgaben für das Autobahnnetz beteiligen wollen, ohne im Inland zugelassene Fahrzeuge höher als heute zu belasten.

Deutschlands Zukunft gestalten, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 8

1. Was versteht man unter einer "Großen Koalition"? (Buch, S. 152)

2. Welche Bedeutung hat der Koalitionsvertrag für die Regierung?

3. a) Welchem Zweck soll das Konzept der PKW-Maut im Koalitionsvertrag dienen?

3. b) Wer soll durch die PKW-Maut belastet werden? Übernehmen Sie die entsprechende Textpassage aus dem Koalitionsvertrag.

II. Das Gesetzgebungsverfahren

Mit den nachfolgenden Texten wird das Gesetzgebungsverfahren am Beispiel des PKW-Maut (Gesetz zur Einführung einer Infrastrukturabgabe) deutlich.

4. Versuchen Sie anhand der einzelnen Textinformationen den Ablauf in einer schriftlichen Zusammenfassung darzustellen! Beziehen Sie sich dabei immer auf die einzelnen Texte und deren bedeutsamen Textpassagen. (Siehe Buch, S. 150-152)

Text A

Öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf zur Einführung einer Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen (Drucksache 18/3990) und zum Antrag der Fraktion DIE LINKE - Keine Einführung einer Pkw-Maut in Deutschland im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

www.bundestag.de

Text B

Nach kontroverser Debatte hat der Bundestag am Freitag in Berlin die Pkw-Maut beschlossen. Für das Gesetz von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) stimmte in namentlicher Abstimmung die Mehrheit von CDU/CSU und SPD. Außerdem verabschiedeten die Abgeordneten eine Kfz-Steuerreform, mit der eine Verrechnung der Maut mit der Steuerschuld ermöglicht wird. Grüne und Linke äußerten erhebliche Zweifel an der Vereinbarkeit der Maut mit europäischem Recht sowie an den Einnahmeerwartungen und votierten dagegen. Die Oppositionsfractionen hatten am Morgen vergeblich versucht, die anschließenden Maut-Beratungen noch zu vertagen. Der Bundesrat befasst sich Anfang Mai mit dem Mautgesetz, kann es aber nur verzögern und nicht verhindern.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Text C

Der Bundesrat stellt sich gegen die von der Bundesregierung geplante Pkw-Maut. Der Entwurf werfe europarechtliche Bedenken auf, heißt es in einer Stellungnahme, die die Länderkammer beschlossen hat. Zudem seien wegen der hohen Verwaltungskosten "keine oder nur sehr geringe zusätzlichen Einnahmen" zu erwarten. Außerdem geht die Länderkammer im Gegensatz zum Bund davon aus, dass es sich um ein zustimmungspflichtiges Gesetz handelt. Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Torsten Albig (SPD), sagte vor der Länderkammer, das Maut-Gesetz "bringt nichts außer Bürokratie". Es sei völlig unklar, was an Einnahmen zu erwarten sei. "

Süddeutsche Zeitung

Text D

Die Pkw-Maut für Deutschlands Straßen hat die letzte nationale Hürde genommen. Bundespräsident Joachim Gauck unterzeichnete das umstrittene Gesetz, wie das Präsidialamt in Berlin mitteilte. Das von Bundestag und Bundesrat bereits verabschiedete Gesetz zur Einführung einer Infrastrukturabgabe kann damit in Kraft treten. Das gilt auch für die damit verbundene Senkung der Kfz-Steuer. Allerdings gibt es weiterhin europarechtliche Bedenken gegen das Vorhaben. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat eine rechtliche Prüfung angekündigt, sobald das Gesetz in Kraft ist.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Text E

Deutscher Bundestag

18. Wahlperiode

Drucksache 18/3990

11.02.2015

Gesetzesentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Infrastrukturabgabe
für die Benutzung von Bundesfernstraßen**

www.bundestag.de

Text F

Umstrittenes CSU-Projekt: Bundesrat winkt Pkw-Maut durch

Die Pkw-Maut ist endgültig beschlossen. Der Bundesrat verzichtete darauf, den Vermittlungsausschuss anzurufen - das CSU-Projekt kann damit in Kraft treten.

www.spiegel.de

Text G

Bundesgesetzblatt Jahrgang 2015 Teil I Nr. 22, ausgegeben zu Bonn am 11. Juni 2015

Gesetz zur Einführung einer Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen

Vom 8. Juni 2015

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 8. Juni 2015

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Verkehr und digitale Infrastruktur
A. Dobrindt

Brüssel habe "erhebliche Zweifel", dass das Gesetz das Prinzip der Nicht-Diskriminierung erfülle, sagte Kommissionschef Jean-Claude Juncker der "Süddeutschen Zeitung". "Diese Zweifel muss die Kommission in einem Vertragsverletzungsverfahren klären, wenn nötig, vor dem Europäischen Gerichtshof".

www.spiegel.de

5. Wie bewerten Sie den Zweifel der EU-Kommission an der „Nicht-Diskriminierung“ des Gesetzes?

Lösungsvorschläge

1. Eine Große Koalition besteht aus den Parteien CDU, CSU und SPD.

2. Im Koalitionsvertrag legen in den Koalitionsverhandlungen die Regierungsparteien ihre grundsätzlichen Zielsetzungen für die bevorstehende Wahlperiode (Legislaturperiode) fest. Der Koalitionsvertrag spiegelt einen Kompromiss der Koalitionsparteien wider. Wenn eine bestimmte Koalitionspartei ein Ziel aus ihrem Parteiprogramm durchsetzen will, muss sie auch Ziele der anderen Koalitionsparteien akzeptieren. Aus diesen Gründen sind die Festlegungen im Koalitionsvertrag von großer Bedeutung für die einzelnen Koalitionsparteien.

3. a) Es soll die Verkehrsinfrastruktur, also Straßen, Bahnen und Wasserwege erhalten werden und gegebenenfalls ausgebaut werden.

3. b) Es sollen die Halter von nicht in Deutschland zugelassenen PKW belastet werden.

4. Der Gesetzesvorschlag kam beim Gesetz zur PKW-Maut (Gesetz zur Einführung einer Infrastrukturabgabe) von der Bundesregierung (Text E; **Buch, S. 151**). Ein Gesetzesvorschlag der Bundesregierung bedarf einer Stellungnahme des Bundesrates (Text C; **Buch, S. 151**). Es folgte die öffentliche Anhörung im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur (Text A; **Buch, S. 151**). Das Gesetz wurde schließlich im Bundestag mit der Mehrheit von CDU/CSU und SPD beschlossen (Text B, **Buch, S. 151**). Jedes Gesetz muss an den Bundesrat weitergeleitet werden. Das vorliegende Gesetz stellt ein einfaches Gesetz, also ein nichtzustimmungspflichtiges Gesetz dar. Weil der Bundesrat nicht den Vermittlungsausschuss angerufen hat (Text F), kam das Gesetz zustande. Abschließend unterschrieb Bundespräsident Gauck das Gesetz (Text D; **Buch, S. 151**). Das Gesetz wurde sodann im Bundesgesetzblatt veröffentlicht (Text G, **Buch, S. 151**).

Hinweis: Die Textstücke enthalten kaum Datumsangaben, da damit eine rein zeitbezogene Ordnung durch die Schüler vermieden werden soll.

5. Schülermeinung

Hier kann erwartet werden, dass Schüler/innen, die in grenznahen Gebieten von Österreich wohnen, das Prinzip der Nicht-Diskriminierung nicht akzeptieren, da sie in Österreich auch eine Maut zahlen müssen. Weiterhin könnten Schüler die Frage der Maut als rein nationales Vorhaben einstufen und somit den Einfluss der EU ablehnen. Befürworter der Haltung der EU-Kommission werden das Prinzip einer Gleichbehandlung (Nicht-Diskriminierung) aller Unionsbürger anführen.